Die Zeit
17./XII. 1918

141

Der unausrottbare Wucher.

Die Korrespondenz Wilhelm meldet: „In der letzten Zeit wird von gewissenlosen Elementen die Meinung verbreitet, ‚daß die zur Bekämpfung des Kriegswuchers und zur Sicherung der Zwangsbewirtschaftung erlassenen Vorschriften nicht mehr gelten'. Diese Elemente benützen die geänderten Verhältnisse, insbesondere die Absperrung der auf den Gebieten der ehemaligen Monarchie entstandenen Staaten, dazu, um ihr gemeinschädliches, gewinnsüchtiges Treiben nicht nur fortzusetzen, sondern in geradezu unerhörter Weise, namentlich auf dem Gebiete des Handels mit Lebens- und Futtermitteln, zu steigern. Das Kriegswucheramt der Polizeidirektion hat, um dem geschilderten Treiben zu steuern, seine Aufsichtsorgane beauftragt, die Einhaltung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften besonders strenge zu überwachen und gegen Zuwiderhandelnde rücksichtslos einzuschreiten. Insbesondere wird mit aller Strenge der Verschleppung von Lebens- und Futtermitteln begegnet und in allen festgestellten Fällen von Kriegswucher mit der Beschlagnahme der Ware und des Erlöses vorgegangen werden. Die Aufsichtsorgane sind ferner beauftragt, die Einhaltung der Vorschriften betreffend das Ersichtlichmachen der Preise in den Schaufenstern streng zu überwachen und den in Gast- und Kaffeehäusern wahrgenommenen Preistreibereien ein besonderes Augenmerk zuzuwenden."

Soweit die amtlichen Mitteilungen, die in dem weiten Kreise des unter dem Wucher ganz besonders leidenden Mittelstandes kaum eine besondere Befriedigung auslösen werden. Der Worte hat man schon genug gehört, man will wirklich endlich einmal befreiende Taten sehen. Wenn man in den Zeitungen der letzten Tage blättert, so findet man in ständiger Wiederholung in regelmäßigen kurzen Zeitabständen amtliche Mitteilungen über Beratungen, über zu ergreifende scharfe Maßnahmen, über die rücksichtslose Bekämpfung der Wucherer und dergleichen mehr, indes der Wucher vor den Augen der Behörden lustig weitergeht.

Kein Abbau der Preise.

Da in Deutschösterreich derzeit trotz aller Ankündigungen „neuer Maßnahmen gegen den Wucher" von einer Einflußnahme unserer berufenen Behörden nichts zu spüren ist, werden wir auf einen Abbau der Preise allerdings noch lange warten müssen. Damit wir uns darüber ja keinem trügerischen Optimismus hingeben, versendet nun der Detaillistenverband Deutschösterreichs ein Rundschreiben in Form eines „Aufrufs an alle", in dem zwar die Bevölkerung aufgefordert wird, sofort alles zu kaufen, was dem Bedarf und dem Einkommen entspreche, ohne daß aber ein Preisabbau in Aussicht gestellt wird. In dem Zirkular heißt es unter anderem wörtlich: „Ein Abbau der jetzigen Preise kann bei den hohen Materialpreisen, bei den steigenden Löhnen, den steigenden sozialen Lasten und Steuern nur allmählich, kaum merkbar, erfolgen. Schuldig am Zusammenbruch des ganzen vaterländischen Wirtschaftslebens ist jeder, der diese eindringliche Mahnung nicht beachtet. Verhütet den Notschrei der Arbeiter nach Brot, indem ihr durch euren Einkauf sofort für Beschäftigung sorgt. Der eigentliche Arbeitgeber des werktätigen Volkes ist das kaufende Publikum. Jeder Deutschösterreicher tue jetzt seine Pflicht durch Deckung seines Bedarfes in der schwersten Stunde des Vaterlandes." Soweit das Rundschreiben. Ob es geeignet ist, die Kauflust des Publikums anzuregen, bleibt abzuwarten. Sympathischer als alle Aufrufe würde es jedenfalls berühren, wenn die Detaillisten zumindest den guten Willen zeigen würden, einen Preisabbau nach Möglichkeit rasch und merkbar anzubahnen. Auch die Berufung auf die angeblich noch immer gleich hohen Gestehungskosten ist kein glücklicher taktischer Zug. Auf die Gestehungskosten wurde ja auch zu Beginn des Krieges, als alle Artikel im Preise rapid und fortgesetzt anstiegen, keine Rücksicht genommen. Freilich waren damals eben die Gestehungskosten unverhältnismäßig niedriger als die Preise im Detailhandel.